

Düsseldorf, 30. April 2004

## RESOLUTION

### **NRW muss den „Irrsinn“ stoppen: Schluss mit dem Eiertanz der Regierung bei der Ausbildungsabgabe!**

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW (MIT) fordert die Landesregierung auf, sich klar zu einem „Nein“ zu jeglicher Zwangsabgabe im Zusammenhang mit der Schaffung von Ausbildungsplätzen auch im Bezug auf das Verhalten bei den Beratungen im Bundesrat zu bekennen .

Landesregierung, Opposition, Mittelstand und Wirtschaft im Land Nordrhein-Westfalen müssen gemeinsam gegen das Vorhaben der rot-grünen Bundesregierung vorgehen und die weitere Belastung unseres Standortes mit immer neuen Steuern und Abgaben sowie weiteren Wildwuchs bei Bürokratie und Regulierung verhindern.

Der Landesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU NRW kritisiert die politischen Ausweichmanöver des Ministerpräsidenten in den Beratungen im Landtag in dieser Woche und seinen Versuch in einem Spagat zwischen Parteidisziplin und seiner Verantwortung für das Wohl des Landes eine klare Festlegung gegen die Ausbildungsabgabe zu vermeiden.

Wer selbst eingesteht, dass die Zwangsabgabe ein „Irrsinn“ ist, wie Ministerpräsident Steinbrück dieses noch bei der Meisterfeier der Handwerkskammer Düsseldorf am vergangenen Sonntag in Düsseldorf getan hat, der kann und darf als verantwortlicher Regierungschef, diesen „Irrsinn“ den Bürgern seines Landes nicht antun. Der Ministerpräsident darf sich hier nicht weiter wie ein Drückeberger verhalten. Er soll sich nicht, wie er im Landtag sagte, bekreuzigen, obwohl es noch nicht gedonnert habe.

Die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung fordert ihn aber auf, dass er den Schirm auspackt, weil es am Horizont schon blitzt.

Nach Ansicht der MIT forciert die unklare Linie der Landesregierung nur weitere Spekulationen zur Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe und deren möglichen Ausgestaltung. Dies verunsichert Wirtschaft und Mittelstand in unserem Land weiter, dies hemmt Investitionen, dämpft die Konjunkturaussichten und verhindert die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

*Resolution Resolution*